

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 5/15

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Ratlos-MH zum dramatischen "Abbruch West"?

Am 7. Mai war Ratssitzung in Mülheim mit fast nichts auf der Tagesordnung. Umso mehr war zu befürchten, dass der unwürdige Streit, den die OB und ihre SPD mit dem in der letzten Sitzung gegen ihre Stimmen neu gewählten Gesellschaftervertreter Vermeulen in der Flughafengesellschaft angezettelt haben, zu langwierigen Scharmützeln führen könnten, was zum Glück unterblieb! So war die Sitzung nach nur 45 Min. zu Ende. In der Fragestunde stellte der MBI-Sprecher folgende 2 Fragen:

1. Ob Frau OB beabsichtige, weiter im RWE-Aufsichtsrat zu bleiben, wenn sie ab Herbst keine OB mehr ist. Frau Mühlenfeld eierte in ihrer Antwort herum, um möglichst nichts zu sagen, womit sie aber eigentlich viel sagte!
2. Auf einem Gespräch von Vertretern der BI "Parken auf dem Rathausplatz" mit Frau OB soll ein Kompromiss vereinbart worden sein. Wenn ja, müsste der Beschluss des Planungsausschusses zum vollständig parkfreien Rathausplatz geändert werden. Da der Punkt nicht auf der TO der Sondersitzung des Planungsausschusses am 11.5. stand, sollte die OB den Sachstand darlegen. Auch zu dieser Frage wich sie aus. Es sei kein Kompromiss vereinbart worden, behauptete sie. Irgendwie scheinen die verschiedenen Gesprächsteilnehmer Unterschiedliches wahrgenommen zu haben.



Außerdem wurde beschlossen, einige Ehrenringe zu verteilen: An Frau Kraft, Frau Steffens, an die Ratsfrauen Erd (Grüne) und Bassfeld (CDU) sowie an den Unternehmerfunktionär Lison. Letzteres erhielt eine Menge Gegenstimmen, weil Lisons Verdienste um die Stadt gesamt gesehen arg zweifelhaft sind.

Außerhalb des Rathauses zitterten derweil viele Menschen und haben zu Recht Angst vor u.a. den drohenden Massenentlassungen bei Siemens im Hafen. Auf einer Betriebsversammlung wurde am 8.5. die Zahl 950 bekannt gegeben. Eine weitere Katastrophe für Mülheim! Mehr zum "Abbruch West im Ruhrgebiet auf dem Einlegeblatt Im Rat war das kein Thema, genausowenig wie ein Bericht von der RWE-Hauptversammlung vor kurzem. Dabei hängt Mülheim wie keine andere Stadt an dem abstürzenden Konzern!

Neues zur Lösung des Kaufhofproblems? Oder wieder nix??

Auf der Bürgerversammlung am 6. Mai zum B-Plan "Schollenstr. -Innenstadt - I 35" zur Neubebauung des seit Jahren leerstehenden Kaufhofareals waren die Investoren leider nicht anwesend. **Bekanntlich sollen u.a. ein**



Seniorenheim, ein Hotel, ein Supermarkt und ein Restaurant dort entstehen. Genauer ist immer noch unklar. Es scheint aber geplant zu sein, die Gebäudegrenze auf der Schollenstr. um den halben Bürgersteig zu erweitern und ein Stockwerk mehr als heute zu erlauben, weil die Ruhrbania-Klötze dies auch bereits haben, was denen nachträglich und entgegen der Festlegungen des B-Plans "Ruhrpromenade" zugestanden wurde. Ferner ist angedacht, den Autoverkehr ganz aus der Kaufhofschleife über Schollen-/Ruhrstraße zu verbannen. **Das alles verspricht, noch heiter zu werden, gell!**

Auf den folgenden Seiten:

- Die VHS ist denkmalwürdig! Glückwünsche an alle Mitstreiter für den Erhalt der VHS! S. 2
 - MBI beantragen ein besseres Parkkonzept zur Belebung der Innenstadt mit Parkscheibenregelung!..... S. 3
 - MBI fordern endlich eine offene, ehrlichere und öffentliche Behandlung des Themas InklusionS. 4
- Einlegeblatt:** "Abbruch West" im Ruhrgebiet? Beispiel Mülheim/Ruhr: Massenentlassung auch noch bei Siemens! Von wegen "Mülheim trotz der Krise", wie die WAZ vom 16.4. es noch vorgaukelte!

Hurra! Die VHS darf als Denkmal nicht abgerissen werden! Glückwünsche an alle Mitstreiter für den Erhalt der VHS!

Dank an die vielen Mülheimer Bürger/innen, die sich für den Erhalt unserer schönen, intakten VHS in guter Lage am MüGa-Rand aktiv eingesetzt haben.

Das Landesamt für Denkmalschutz im Rheinland wird die Volkshochschule an der Bergstraße unter Denkmalschutz stellen. Bekanntlich hatten die MBI im letzten August den Antrag eingereicht, die Denkmalswürdigkeit des einzigartigen VHS-Gebäudes zu untersuchen.



Als im Okt. der Prüfung in Mülheim durch einen Abrissantrag auf Wunsch der Investoren MWB und Imoba der Boden entzogen werden sollte, verschob sich alles auf nach der Entscheidung zur Sparkassenakademie Ende Dezember. Deshalb riefen MBI, WIR und Linke noch im Oktober zur Gründung einer BI auf. Die Resonanz war riesig,

Die starke Bürgerinitiative „Erhalt unserer VHS in der MüGa“ hätte notfalls auch ein Bürgerbegehren gestartet, das sicherlich von großem Erfolg gekrönt worden wäre. Bis heute konnte auch keine Alternative für eine andere zentrale VHS präsentiert werden.



WAZ und NRZ-Artikel zum Denkmalschutz der VHS bleiben aber immer noch bei der

alten, längst überholten Linie im Sinne des Dezernenten Ernst. Die NRZ behauptet weiter steif und fest, dass 16 Mio. nötig wären zur „Ertüchtigung“ der VHS, wofür dann Schulen u.ä. nicht saniert werden könnten. **Die Akteneinsicht verschiedener BI-Mitglieder zum vermeintlichen Sanierungsbedarf der VHS hatte im Jan./Feb. aber ergeben, dass die im letzten Sommer angegebenen angeblich hohen Sanierungskosten von 6, 11,5 oder gar 16 Mio. € für die VHS nicht weiter aufrecht zu erhalten sind, weil viel zu hoch. Der städtische Immobilien-Service musste zudem auf MBI-Anfrage im Finanzausschuss Anfang März u.a. zugeben, dass die notwendige VHS-Sanierung bzgl. Brandschutz und Trinkwasserleitungen bereits für 4,2 Mio. € zu bewerkstelligen sei. Selbst wenn man außer Acht läßt, dass dies womöglich noch bedeutend billiger zu machen sein könnte, was die Akteneinsicht verschiedener BI-Mitglieder ergeben hatte, muss man fragen, warum die dafür seit Jahren bereit gestellten 2,4 Mio. nicht bereits eingesetzt wurden oder bald werden!**

Es müsste eigentlich auch jedem klar sein, dass die Kosten für eine andere zentrale VHS, egal ob Neubau oder Anmietung und Umbau bestehender Gebäude, unter Garantie viel, viel höher liegen werden als der Weiterbetrieb der bestehenden, intakten VHS, welche bekanntlich als solche zu den Pflichtaufgaben einer Stadt gehört.

Während WAZ und NRZ den Denkmalschutz für unsere VHS nicht so richtig als Bestandsschutz anerkennen wollen, sind Berichterstattung und Kommentar in der Mülheimer Woche neutraler und realistischer. Ihr Kommentar hat richtigerweise die Überschrift. "Umdenken nötig", während die WAZ im Kommentar immer noch auf der völlig überholten Welle reitet, dass die VHS-Sanierung sehr teuer wäre und Schulen sowie Bädern das Geld wegfressen würde. Man muss sich fragen, warum WAZ und NRZ einfach ignorieren wollen, was längst Fakt ist. Unabhängig davon ist es ziemlich weltfremd zu glauben, die ausgepowerte Stadt Mülheim könnte sich das VHS-Abenteuer immer noch leisten. Die aufgetürmten Probleberge sind derart gewaltig, dass man froh sein muss, dass die VHS-Geschichte mit so wenig Aufwand zu bewerkstelligen ist! Dass Frau Mühlenfeld, Herr Ernst, Frau Kammerichs und u.a. die Grünen zugeben müssten, dass sie alle schwere Fehler bzgl. der VHS begangen haben, das kann es doch nicht sein, weshalb auch die WAZ-Medien das dümmliche Kriegsbeil nicht einfach begraben wollen. Man glaubt das alles kaum.

Die MBI und insbesondere der MBI-Sprecher als Person sind massiv und z.T. sehr unfair angegriffen worden, weil wir uns für unsere VHS eingesetzt und die Aktivitäten zum VHS-Erhalt maßgeblich mit organisiert haben. Das war mitunter nicht gerade angenehm, doch es hat sich gelohnt!

P.S.: Es war eine Riesendummheit, unsere gut funktionierende VHS für die Sparkassenakademie anzubieten (Zitat OB „Das Beste, was wir haben“), was die Chancen der Kaufhofbewerbung verringerte!

**Zukunft der Volkshochschule
in Mülheim**

Veranstaltung mit
Prof. Dr. Brödel
Uni Münster
(Erwachsenenbildung)

Heinz Bünger
Vorstandsmitglied des
VHS-Landesverbandes

am 23. September
um 19 Uhr
in der VHS



Mülheimer Bürgerinitiativen



**für den Erhalt
unserer VHS**

Ein besseres Parkkonzept zur Belebung der Innenstadt

Mülheim hat etliche kaum mehr lösbare Problembereiche aufgetürmt: Die fast hoffnungslose Ver- und Überschuldung, die schwere Innenstadtkrise, die vermurkste Verkehrsführung oder das städtebauliche Fiasko in Speldorf u.v.m.. Andere Problembereiche dagegen wurden kurzsichtig und dilettantisch selbst erzeugt und dann über lange Zeit durch Verschleppung usw. nicht wieder korrigiert, nur um das Gesicht zu wahren oder um mit dem Kopf durch die Wand doch noch Fakten zu schaffen, auch gegen Vernunft, gegen Vorschriften oder Sinn und Verstand. Das Debakel um das ÖPNV-„Optimierungs“konzept und der Sportplatzbau in Heißen u.a. auf Kosten des Schulsports in Styrum sind nur 2 Beispiele. Oder auch

das konzeptlose Parkkonzept und die kontraproduktiven Parkgebühren.

Nach den 2010 und 2012 leider nur in Ansätzen (Brötchentaste, Gebühren nur bis 18 Uhr, kein Zeitlimit) erfolgreichen MBI-Versuchen zur Verbesserung des Mülheimer Parkkonzepts machen die MBI nun im Mai 2015 einen weiteren Anlauf mit dem folgenden Antrag:

MBI-Antrag für den Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Mobilität am 15.6. 2015

Revitalisierung der Mülheimer Innenstadt durch Parkscheibenregelung auf öffentlichen Stellplätzen

Der Ausschuss möge beschließen:

- 1.) **Der oberirdische Stadthallenparkplatz wird wieder gebührenfrei**
- 2.) **Für den gesamten Bereich der Mülheimer Innenstadt wird wie in Teilen Oberhausens auf öffentlichen Stellplätzen das mindestens einstündige freie Parken mit Parkscheibe eingeführt. Dies gilt insbesondere auch für die Parkplätze an der Leineweber- und der Bachstr., für den Parkplatz zwischen Kaiserstr. und Rosenhof sowie auf den Parkplätzen vor und hinter dem Durchgang zwischen Forum und Hbf. (vor der Post und vor der Spardabank) und auf dem Rathausmarkt**
- 3.) **Der Parkplatz zwischen Bahndamm und der Straße „Am Löwenhof“, der an Werktagen vornehmlich von den Beschäftigten der Sozialagentur genutzt wird, wird an Wochenenden für kostenfreies öffentliches Parken geöffnet.**

Begründung

Der kriselnden Mülheimer Innenstadt wurde im Okt. 2010 mit den erhöhten und ausgeweiteten Parkgebühren eher weiter geschadet. Auch die seinerzeit neu eingeführten Parkgebühren für den Stadthallenparkplatz waren kontraproduktiv sowohl für die VHS, als auch für die Innenstadt insgesamt. Der neue große Parkplatz am Brückenkopf vor der Hütte wird wegen der Entfernung nur bedingt angenommen. Da also auch die entfernteren großen Parkplätze kostenpflichtig sind, hat sich zudem der Parkdruck näher an den innerstädtischen Zielen erhöht. Der Rathausmarkt z.B. ist fast immer nahezu vollständig zugestellt, ebenso die Parkplätze vor und hinter dem Forum usw..

Das gesamte bisherige Parkkonzept ist nur bedingt dazu angetan, z.B. die durch die jahrelangen Großbaustellen verlorenen Innenstadtbesucher wieder anzulocken. Die unübersichtliche Verkehrsführung und die z.T. missratene Ampelschaltung tun ihr Übriges, um die notwendige Attraktivierung der vom Niedergang und vielen Leerständen geprägten Mülheimer Innenstadt zu verhindern. Zu allem Überfluss kommen demnächst zuerst mit der Rumbachsanieierung erneut längerfristige Großbaustellen auf die Innenstadt zu. Um dann nicht erneut weitere potenzielle Innenstadtbesucher abzuschrecken, muss die Stadt u.a. durch ein anderes Parkkonzept versuchen, Kunden zu halten bzw. neu anzulocken. Das kann durch eine Parkscheibenregelung wie oben beantragt geschehen. In anderen Städten funktioniert das.

Die Mindereinnahmen, die die Stadt dadurch zu verzeichnen haben wird, werden mehr als wettgemacht dadurch, dass es für mehr Menschen wieder attraktiver wird, die Mülheimer Innenstadt aufzusuchen.



Im Bild links der verwaiste Stadthallenparkplatz an einem "normalen" Werktag
Rechts das Kaufhofparkhaus, das seit über 5 Jahren nicht mehr benutzt werden darf, mitten in der Stadt!



Ist Kritik an den offensichtlichen Umsetzungsproblemen von schulischer Inklusion tabu oder wird gar mit Androhung von Sanktionen abgewürgt wie in Oberhausen?

Über den Köpfen der betroffenen Schulen hinweg wird Inklusion aber nicht wirklich umsetzbar sein!

MBI fordern endlich eine offene, ehrlichere und öffentliche Behandlung des Themas

Der mainstream preist seit Jahren die Inklusion als eine wesentliche, zukünftige Verbesserung des kränkelnden Schulsystems an. Viele Gutachter und Politiker untermauern dies mit klugen Theorien und Sonntagsreden, die auf dem Papier alle richtig zu sein scheinen, bis auf den Punkt, dass die Realitäten ausgeblendet bleiben. Förderung von Inklusion im Sinne der UN-Resolution wurde auch auf allen Ebenen als wichtige politische Zielrichtung beschlossen. Probleme gibt es aber zu Hauf bei der genauen praktischen Umsetzung, u.a. zwischen Land und Kommunen, nicht zuletzt um die zentrale Frage, wer welche Kosten trägt. Der Streit darum ist sicherlich noch lange nicht zu Ende ausgefochten, auch wenn es zuletzt eine gewisse Annäherung gab, weil das Land etwas mehr Geld bereitstellte, womit sich die Parteipolitiker zufrieden gaben.



Doch das Landesschulgesetz ist zum Thema Inklusion weiterhin völlig unausgegoren.

Ähnlich ungeklärt wie die Finanzierung sind nämlich auch noch die genaueren Bestimmungen dessen, welche Behinderungen z.B. in allgemeinen Schulen auf Dauer inkludiert werden sollen und können bzw. welche nicht. Damit hängt auch die Zukunft der heutigen Förderschulen im einzelnen noch völlig in der Luft. Die vom Land willkürlich festgelegten neuen Mindestgrößen für Förderschulen gefährden diese z.T. damit, bevor ihre genaue Zukunft geklärt ist. In Mülheim z.B. könnten 2 der 3 Förderschulen deshalb geschlossen werden müssen, in Oberhausen 4 von 5, in Dortmund sogar bis zu 9 von 10. Auch die Frage der Wertigkeit und Bedeutung des Elternwillens ist alles andere als geklärt.

Ziemlich im Regen stehen gelassen sind aber auch viele Lehrer der sog. Regelschulen, die nun auch noch Inklusion umsetzen sollen, ohne dafür ausgebildet zu sein und ohne auch nur über die Mindeststandards an räumlicher und personeller Unterstützung zu verfügen. Mal ganz außer Acht gelassen, dass viele Schulen bereits mit den vielen neuen Zuwandererkindern zusätzlich gefordert sind, wird von oben auch noch der Versuch der schrittweisen Zwangsinklusion verordnet, ohne dass die Schulen darauf richtig vorbereitet und ausreichend ausgestattet sind.

Inklusion also als eine Art gut gemeinter Illusion? Nicht ganz, denn

unabhängig von diesen großen ungeklärten Fragen gibt es landauf, landab nicht erst seit heute bereits richtige Ansätze und Maßnahmen zur Inklusion insbesondere im schulischen Bereich. Auch in Mülheim wird GU (Gemeinsamer Unterricht) inzwischen an etlichen Schulen und Schulformen praktiziert, wofür vor Jahren die MIGU (Mülheimer Initiative für GU) gegründet werden und sehr kämpfen musste, damals über Jahre einzig mit Unterstützung nur der MBI. Heute aber haben alle Parteien etc. die möglichst vollständige Inklusion als hehres Ziel in ihren Programmen.



In den Schulen regt sich immer mehr Kritik und Unverständnis nicht nur der überforderten Lehrer, auch von Eltern. Doch bisher wird alles möglichst unter dem Deckel gehalten. Wenn Kritik öffentlich werden könnte, gibt es Maulkörbe und sogar Androhung disziplinarrechtlicher Schritte, wie ein WAZ-Artikel vom 24.4.15 aus Oberhausen es erschreckend belegt. Darin stand u.a.:

"Der Direktor forderte, "die reden zu lassen, die die Inklusion umsetzen müssen. Es ist eine unerträgliche Situation, dass Schulleiter und Lehrer Angst haben, sich in der Öffentlichkeit zu äußern." Die Probleme seien größer als allgemein bekannt. Für die Schulen sei längst "die Grenze des Zumutbaren erreicht". Oder : "... ich bedauere auch, dass die Lehrer hier nicht sprechen dürfen, aber bedenken Sie, in welche Lage wir die Kollegen bringen", meinte Große Brömer (SPD). "Ich kann die dienstrechtlichen Konsequenzen nicht verhindern." (Große Brömer ist Vorsitzender des Oberhausener Schulausschusses und auch des Schulausschusses im Landtag!)

Derartiges sollte man eigentlich im angeblich so demokratischen NRW mit garantierter Rede- und Pressefreiheit nicht erwarten, oder?

Auch in Mülheim ist bisher die konkretere Diskussion über Inklusion öffentlich nicht möglich. Ein gemeinsamer Ratsantrag von CDU und MBI, die Landesregierung zur Nachbesserung des Schulgesetzes aufzufordern, wurde von Verwaltung und rot-rot-grün-gelber Ratsmehrheit einfach von der TO gestimmt. Begründung: Das sei Landessache, weshalb der Mülheimer Rat sich nicht damit befassen dürfe. Noch Fragen?

**M ü l h e i m e r
B ü r g e r -
I n i t i a t i v e n** ●

**Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr**

**Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr
Telefon: 0208-3899810
Telefax: 0208-3899811**

M B I

e - m a i l : f r a k t i o n @ m b i - m h . d e

h t t p : / / w w w . m b i - m h . d e

“Abbruch West” im Ruhrgebiet? Beispiel Mülheim/Ruhr Massenentlassung auch noch bei Siemens!

Krise pur, in Mülheim a.d. Ruhr!

Von wegen „Mülheim trotz der Krise“, wie die WAZ vom 16.4. es noch vorgaukelte!



Mülheim/Ruhr, Heimatstadt von Ministerpräsidentin Kraft, Gesundheitsministerin Steffens, RAG-Chef Müller, RWE-Chef Terium, Tengelmann-Chef Haub, Aldi-Süd-Chef Albrecht, ex-Ministern wie Hombach oder Schartau, ex-Vorstandschefs wie dem Stahlmilliardär Großmann uswuf. hatte bisher von allen Ruhrgebietsstädten die weitaus besten Voraussetzungen. Eine insgesamt robuste, vielfältige Wirtschaft mit immer noch großer industrieller Basis und stets für das Ruhrgebiet niedrigste Arbeitslosigkeit. Doch auch dabei

hängen nun düstere Wolken über der Ruhrstadt, aus der heraus Thyssen und Stinnes ihre Weltkonzerne aufbauten, ebenso Tengelmann, Metro und Aldi-Süd.

Neben den massiven Verlusten von höher qualifizierten Arbeitsplätzen in den anderen Teilstädten des Ruhrgebiets (zuletzt Opel, Hochtief, Thyssen-Krupp, Karstadt, Eon, RWE usw.), wo nicht wenige Mülheimer/innen beschäftigt waren und sind, trifft es nun die Mülheimer Wirtschaft vor Ort auch in etlichen ihrer wichtigsten Teile, „Zur Erinnerung: “Woche der Dauerhiobsmeldungen im Okt. 14 für Mülheim”. Doch es kommt noch heftiger, ganz so, als hätte fast die ganze Welt sich gegen die kleine Großstadt mitten zwischen anderen, größeren Großstädten verschworen, die mit ihrer extrem hohen Abhängigkeit vom abstürzenden RWE-Konzern bereits Probleme mehr als genug hat.

IRRWE GEGEHEN

Nur: Es kommt halt, wie es kommen muss, wenn man/frau die Zeichen der Zeit ignoriert und Probleme lieber auftürmt als nach Lösungen zu suchen. Irgendwie scheinen im Ruhrgebiet fast alle geglaubt zu haben, Energiewende z.B. würde alles beim Alten belassen, nur etwas mehr regenerative Stromerzeugung. Oder dass die Folgen des entfesselten Kapitalismus im Gefolge des Neoliberalismus nur die Menschen woanders trifft. Oder dass es irgendwie schon gut gehen würde, wenn die Verkaufsflächen inflationär ausgeweitet würden, wie in jeder Teilstadt der Ruhrregion geschehen. Oder, und

Eine unglaubliche jahrelange Traumtänzeri?!

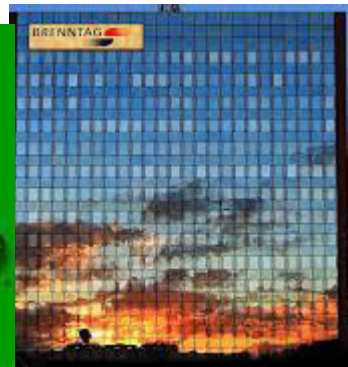
Aber es waren nicht nur die Politiker, die blindäugig immer wieder alles schön redeten, um ja „Weiter wie gehabt“ machen zu können und den sprichwörtlichen Ruhrgebietsfilz bedienen zu können. Auch die Chefetagen etwa beim RWE, bei Thyssen-Krupp oder bei Siemens oder, oder . . . wollten wohl die geänderten Bedingungen nicht akzeptieren, waren sie doch sicher, jederzeit politisch Einfluss nehmen zu können, um weiter machen zu können, wie gehabt. Und auch die Medien, im gebeutelten Ruhrpott meist nur WAZ und WDR, fuhren insgesamt auf der Linie. Menschen oder Gruppen wie die MBI, die wieder und wieder vor den Folgen warnten, wurden auch von den Medien leider oft marginalisiert. „Mülheim trotz der Krise“ lautete z.B. noch am 16.4.15 die Überschrift eines halbseitigen WAZ-Artikels im überregionalen Wirtschafts- teil. „Von wegen!“ kommentierten die MBI, was aber keiner Zeitung trotz ausführlicher Begründung auch nur 1 Silbe wert war.

Und so kam es, dass trotz Steuerrekordeinnahmen und Aufschwung in Deutschland dessen größter Ballungsraum mehr und immer tiefer in die Krise schlidderte. Es sind nicht nur Bochum, Herne, Duisburg, Gelsenkirchen o.a., bei denen „Abbruch West“ zugange ist, auch das vormals so reiche Mülheim rast dem Absturz entgegen.

b.w.

Alleine für Mülheim hat sich in wenigen Monaten folgendes Horrorszenario aufgebaut:

- Siemens (früher AKW-Zentrale KWU) baut fast 1000 der 4800 Mitarbeiter ab
- Tengemann verkauft seine Läden oder schließt sie, womit weitere hunderte Stellen alleine in der Mülheimer Zentrale wegfallen werden,
- Putin hat die South-stream-Pipeline gekanzelt, womit bei der Röhrenproduktion der Mannesmann-Nachfolgefirmer in Mülheim weitere hunderte Arbeitsplätze verloren gehen,
- die Gagfah wurde von Annington geschluckt, womit in der Zentrale in Mülheim zusätzlich hunderte Arbeitsplätze gefährdet sind,
- Brenntag, erfolgreichste aller Mülheimer Firmen, wird demnächst ihren Sitz nach Essen verlagern,
- verschiedene bisherige Zulieferfirmen für Thyssen-Krupp oder RWE oder werden über kurz oder lang ebenfalls schließen müssen
- uswusf..



Die Lage ist umso dramatischer, als dass die Stadt Mülheim im letzten Jahrzehnt massivst über ihre Verhältnisse gelebt hat und sowohl finanziell wie städtebaulich abgewirtschaftet hat. Bilanzielle Überschuldung, ÖPNV-Desaster, höchster Privatisierungsgrad weit und breit, mit die höchsten Personalkosten für aufgeblähte Personalapparate, Fehlspekulationen mit swaps und Schweizer Fränkli, serienweise umwegfinanzierte Bauprojekte über PPP oder PPP-ähnliche Konstruktionen, ein wenig gelungenes Prestigeprojekt Ruhrbania mit gigantischen städtischen Vorleistungen und den fatalen Folgen des für deutsche Verhältnisse beispiellosen Niedergangs der Innenstadt und einer völlig vermurksten Verkehrsführung.

Kurzum: Die Lage ist so bedrohlich, wie seit Kriegsende noch nie. Und was tun Politik und lokale WAZ als einzig verbliebene Zeitung, der zudem Lokalradio und Anzeigenblättchen ebenfalls gehören? Sie ignorieren vor Ort alle Probleme und versuchen, möglichst viele Erfolgsmeldungen zu verbreiten. Irgendwie muss ja auch der OB-Wahlkampf mal bald in die Gänge kommen, gell. Der ist eigentlich überflüssig wie ein Kropf und die isolierte OB-Wahl findet nur statt, weil Frau SPD-OB Mühlenfeld nicht auf ein von der CDU/FDP-Landesregierung geschenktes Jahr als OB verzichten wollte, was aber ihre SPD in Düsseldorf als Nachfolgeregierung wieder rückgängig gemacht hat. Urplötzlich im Frühjahr verkündete sie dann auch noch zum Entsetzen ihrer überraschten SPD-Partei, dass sie selbst nicht mehr antreten will. Nur im RWE-Aufsichtsrat will sie anscheinend bleiben, auch wenn keine OB mehr!

Eigentlich ist Aufwachen angesagt, doch immer noch hofft man in Stadtspitze und bei den großen Parteien auf Milliarden spritzen aus Berlin oder Brüssel, um ja nichts vor Ort auch strukturell zu ändern. **Bisher spielt die deutlich vom Ruhrgebiet dominierte Landesregierung mit und drückt viele Äuglein zu, doch gut gehen wird das auch für sie nicht mehr können.** Die anderen Regionen in NRW werden Sonderopfer für ein Fass ohne Boden namens Ruhrgebiet auf Dauer nicht mitspielen. Das zeigen bereits die gerichtlichen Klagen vieler Städte ohne Haushaltssorgen wie Monheim, Düsseldorf oder Langenfeld gegen ihre Zwangsbeiträge zum sog. Kommunalsoli, dem „Stärkungspakt Stadtfinanzen“.

